



Nach dem Streik an der Uniklinik

Der Streik an den Universitätskliniken des Landes ist vorbei, die Themen bleiben: Qualität der Medizin, Arbeitsbelastung und Arbeitszeit, Entlohnung und Kostendruck.

Im Gesundheitswesen sind alle Beteiligten wie in einem Schraubstock eingespannt, der sich langsam aber fast unaufhaltsam dreht: Die Krankenversicherung soll die Beitragssätze senken und dennoch den medizinischen Fortschritt für eine stark alternde Bevölkerung bezahlen. Das Land macht Schulden „wie ein Sautreiber“, soll aber ständig steigende Personalkosten tragen. Die Kliniken sollen einerseits mit Budgets auskommen, andererseits Lohnsteigerungen finanzieren und Spitzenmedizin garantieren. Die Beschäftigten sollen immer mehr Patienten immer besser behandeln, aber immer weniger verdienen.

Eine einfache Lösung für eine so vertrackte Situation gibt es nicht. Um den Druck überhaupt erträglich zu halten, muss an allen Stellschrauben in die richtige Richtung gedreht werden. Die Einnahmesituation der Krankenkassen muss verbessert werden, ohne die Kosten der Arbeit in Deutschland weiter zu erhöhen. Wir Grünen haben darauf mit der Bürgerversicherung die passende Antwort entwickelt. Andererseits müssen die Kosten durch den Abbau von Bürokratie und Effizienzsteigerungen begrenzt werden.

Das Land kann seinen Aufgaben nur noch entsprechen, wenn es wieder mehr Steuern einnimmt. Dafür bietet sich die Erbschaftssteuer als Ländersteuer an. Die Personalkosten steigen aber wegen der Pensionierungswelle so drastisch an, dass alle Länder Kürzungen der Sonderzahlungen für Pensionäre und Ar-

beitszeitverlängerungen für aktive Beamte beschließen mussten.

Die Universitätskliniken sind dringend darauf angewiesen, bei den Fallpauschalen und den Budgets besser behandelt zu werden. Andererseits dürfen sie keine Bauten mehr aus ihren Gewinnen finanzieren, die eigentlich das Land zu bezahlen hätte. Irrsinnige Abfindungen und Millionenverdienste für wenige privilegierte Chefärzte sind nicht mehr akzeptabel.

Die Beschäftigten können Einkommenskürzungen nicht hinnehmen, weil für viele dann schon die Wohnung zu teuer würde. Andererseits wird die 38,5-Stunden nicht zu halten sein. Wenn eine maßvolle Verlängerung der Wochenarbeitszeit mit der Begrenzung und Bezahlung von Überstunden sowie einer Beschäftigungsgarantie verbunden wird, halte ich das für den richtigen Weg. Das ist nicht sehr populär, aber zumindest ehrlich.

Die Einigung zwischen Verdi und den Arbeitgebern finde ich gut, weil beide Seiten an der richtigen Stelle nachgegeben haben. Die Arbeitgeber mussten die unzumutbaren Gehaltskürzungen zurücknehmen. Verdi akzeptiert die 39-Stunden-Woche. Wer über 55 ist, soll zwar nur noch 38 Stunden schaffen. Aber machen wir uns keine Illusionen: Das gilt für die heute 55-Jährigen, nicht für die in 20 Jahren.

Der Streik war richtig und er war erfolgreich. Die Öffentlichkeit ist für die Probleme der Beschäftigten sensibilisiert, das Ergebnis weist nach vorne, und die Patienten standen selbst im Streik immer an erster Stelle. Das macht Mut für die Zukunft.

*Boris Palmer
Grünen-Landtagsabgeordneter*